Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6547**

14. Wahlperiode 04. 07. 2001

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Marita Sehn, Ulrike Flach, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Initiative Deutschlands für einen Durchbruch beim internationalen Klimaschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das in Kyoto festgelegte Ziel, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase durch die Industrieländer im Zeitraum 2008 bis 2012 um 5,2 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, ist ein unverzichtbarer erster Schritt für einen wirksamen internationalen Klimaschutz. Die Ablehnung des Kyotoprotokolls durch die Regierung der USA war ein schwerer Rückschlag für den internationalen Klimaschutz, den es zu überwinden gilt. Der Deutsche Bundestag bekräftigt das nationale Klimaschutzziel, die Kohlendioxidemissionen in Deutschland bis zum Jahre 2005 gegenüber 1990 um 25 Prozent zu senken. Maßnahmen zur effektiven Verminderung der durch menschliche Aktivität verursachten Treibhausgasemissionen müssen ökologisch wirksam, ökonomisch effizient und technologisch dynamisch sein. Dies sind wichtige Voraussetzungen, um für den Klimaschutz auf nationaler Ebene Akzeptanz sowie auf internationaler Ebene Anerkennung zu finden und Kompetenz zu zeigen. Unabhängig vom Ausgang und den Ergebnissen der Sechsten Weltklimakonferenz geht es deshalb – neben einer deutschen Ratifizierung des Kyotoprotokolls – darum, auf internationaler wie auf nationaler Ebene unverzüglich die flexiblen Mechanismen des Kyotoprotokolls zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu nutzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

alle erforderlichen Schritte einzuleiten, welche für eine deutsche Ratifizierung des Kyotoprotokolls erforderlich sind und sich bei den Partnern in der EU sowie international für eine Ratifizierung einzusetzen,

für Deutschland ein klimapolitisches Gesamtkonzept unter Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyotoprotokolls zu entwickeln und dieses Konzept mit den europäischen Initiativen zum Klimaschutz abzustimmen,

darzulegen, welche Haltung die Bundesregierung zu dem Vorschlag der EU-Kommission vom 31. Mai 2001 einnimmt, welcher einen Rahmen für den Handel mit Treibhausgasemissionen innerhalb der Europäischen Union vorschlägt,

den fachlichen Austausch insbesondere mit jenen Ländern in der Europäischen Union zu suchen und zu verstärken, in denen bereits konkrete Erfahrungen mit Emissionshandelssystemen vorliegen,

das Angebot der USA zu einer Verstärkung von Forschung und Entwicklung im Bereich klimarelevanter Vorgänge und Techniken aufzugreifen und die internationale Zusammenarbeit auch in dieser Hinsicht voranzutreiben,

sich an laufenden internationalen Forschungsprojekten zu beteiligen, welche u. a. die Möglichkeiten und ökologischen Auswirkungen einer Rückhaltung und Entsorgung von Treibhausgasen untersuchen,

die Förderung von Forschung und Entwicklung zu verstärken, um eine wissenschaftliche Fundierung und Erarbeitung von Konzepten zu unterstützen, welche die Verringerung von Treibhausgasemissionen auch für den Verkehrsbereich und für die Landwirtschaft zum Gegenstand haben,

dem Deutschen Bundestag unverzüglich alle Arbeitsgruppen und Kreise sowie deren Teilnehmer zu benennen, die sich unter Mitwirkung oder Beteiligung der Bundesregierung bisher mit Fragen der Einführung oder Organisation eines Emissionsrechtehandels in Deutschland befasst haben und darüber zu berichten, zu welchen Ergebnissen die Beratungen auf dieser Ebene geführt haben,

den Börsenhandel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase in Deutschland institutionell, organisatorisch und mit einem konkreten zeitlichen Rahmen vorzubereiten, um die deutsche Bevölkerung und den Mittelstand auf den Einsatz flexibler Instrumente zum Klimaschutz vorzubereiten,

dem Deutschen Bundestag darzulegen, wie die Bundesregierung gedenkt, die im Rahmen des so genannten Nationalen Klimaschutzprogramms beschlossenen Maßnahmen in ein deutsches Konzept zur Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyotoprotokolls sinnvoll zu integrieren,

den Einbezug der Entwicklungsländer in den internationalen Klimaschutz voranzubringen, indem bei Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern explizit auf den Clean Development Mechanism des Kyotoprotokolls Bezug genommen wird,

dies mit einem Emissionsrechtehandelssystem in Deutschland zu verknüpfen sowie

klare und einheitliche Vorgaben zur Berechnung der Emissionsreduktionen einzelner Investitionsprojekte zu entwickeln und zu vereinbaren, um sicherzustellen, dass mit Auslandsprojekten tatsächlich ein zusätzlicher Klimaschutzeffekt erreicht wird.

Berlin, den 3. Juli 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333